Nr. 53 / Mai 2012

Ihr versteht: ich meine
dass wir keine andern Herren brauchen
sondern keine ! (Bertolt Brecht)

Auflage 15 000

VorOrt

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Trotz Leerständen und Brachen soll ein neues Baugebiet ausgewiesen werden

Mehr Verkehr für Vaihingen

„Ein Weiter-So gibt es nicht. Der Klimaschutz ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“ So sprach‘s die Bundeskanzlerin 2007. Auch der Stuttgarter Gemeinderat hat erkannt, dass wir ohne eine deutliche CO^2-Reduzierung unsere Lebensgrundlagen zerstören und sich eine Minderung um 40% vorgenommen. Kürzlich musste er nun festgestellen, dass er seine eigenen Klimaziele weit verfehlt hat.

„Der Schutz des Klimas ist schwierig, weil das Thema im Alltag kaum zu fassen ist“, sagte dazu die Grünen-Stadträtin Anna Deparnay-Grunenberg. Es könne aber nicht angehen, dass die Stadt selbst ihre schwachen Ziele verfehle.
Dies wird aber zwangsläufig so sein, weil sowohl Frau Merkel als auch die Grünen in der Praxis weit entfernt sind von einem „nicht weiter so“. In Stuttgart wird nach wie vor jedem Investor, der Geld verdienen will, im wahrsten Sinne des Wortes der Boden bereitet, völlig unabhängig vom gesellschaftlichen Nutzen und ungeachtet der weiteren Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
Es genügt eben nicht überall weiter zu bauen nur halt mit Dachbegrünung und energetischer Isolation. Den CO^2-Ausstoss wirklich reduzieren kann man nur , wenn man sich von der kapitalistischen Logik des Wachstum um jeden Preis verabschiedet und auch mal nicht baut, wo es gar keinen Bedarf gibt.
Das Gegenteil davon spielt sich aktuell wieder in Vaihingen ab.
Statt endlich einen Ausgleich zu schaffen für die in den letzten Jahrzehnten hektarweise Zerstörung von Grünbereichen im Stadtbezirk, soll sich jetzt mit Zustimmung auch der Grünen Stadträte der internationale Immobilienverwerter Aurelis für sein Gelände am Vaihinger Bahnhof selbst einen Bebauungsplan machen dürfen für insgesamt 37.000 m2 Bruttogeschossflächen auf 2,5 ha. Büros, Hotel, Einzelhandel und ein paar Wohnungen.
Ein Verkehrsgutachten prognostizierte für diese Bebauung eine Zunahme des Auto-Verkehrs bis zur Belastungsgrenze des bestehenden Straßennetzes.
Für das übrige Gewerbegebiet mit seinen noch beträchtlichen brach liegenden Flächen und Leerständen besteht aber bereits ein Baurecht, das die Ansiedlung weiterer 15.000 Arbeitsplätzen mit entsprechendem Verkehrszuwachs erlaubt.
Mit dem ehemaligen Bahngelände hätte die Stadt eine Möglichkeit gehabt, tatsächlich etwas für den Klimaschutz zu tun, indem sie für das Gelände einen Grün- und Freizeitbereich festlegt. Weit über 1.000 Vaihinger Einwohner haben genau dies gefordert. Und auch die Beschäftigen des Gewerbegebiets gaben das Fehlen von Grün- und Erholungsbereichen als den Hauptmangel ihrer Arbeitsstätten an.
Statt dessen entschieden sich die Stadträte einmal mehr für die privaten Gewinne eines Immobilienverwerters. Ein gesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Nutzen ist nirgends erkennbar, nicht einmal neue Arbeitsplätze.
Der bisherige Hauptinteressent Koch-Neef-Volkmar verlagert nur seine Verwaltung von anderer Stelle im Gewerbegebiet, in dem ihm bereits große Flächen selbst gehören.
Auch der geplante Einzelhandel wird nur Käufer vom bereits bestehenden abziehen und dazu beitragen die wohnortnahe Versorgung weiter zu schwächen.
Und ihr Hauptargument, die Aufsiedlung des S-Bahn-nahen Standorts sei ökologisch sinnvoll, weil die Beschäftigten dort mit öffentlichen Verkehrsmitteln kämen, scheinen sich die Stadträte selbst nicht zu glauben: Fast 400 PkW-Stellplätze halten sie dort für erforderlich.

Nach 24 Monaten kreativer Zwangspause - VorOrt jetzt von Lesern mit finanziert

Wir sind wieder da

Zwei Jahre mussten die Vaihinger auf ihre „Zeitung für das andere Vaihingen“ verzichten. Die Ursachen waren finanzieller und personeller Art.
Inzwischen sind beide Probleme einigermaßen behoben.
Einigen Vaihingern hat die Zeitung so gefehlt, dass sie durch teils beträchtliche Geldbeträge nun mindestens einmal das Erscheinen dieser Nummer ermöglichten. Und wenn künftig auch nur etwa 60 Leser/innen bereit sind, einen festen Beitrag von 3 Euro monatlich beizusteuern, so können wir wieder ein regelmäßiges Erscheinen von VorOrt gewährleisten.
Und weil sich die Zeitung auch als Sprachrohr für Bürger-Initiativen und Bürgerbewegungen versteht, freuen wir uns über eine verstärkte Mitarbeit.
Betätigungsmöglichkeiten gibt es dabei viele: Planen, selbst schreiben oder die Online-Veröffentlichungen bereichern bis hin zum Verteilen. Auch Leserbriefe sind willkommen.

Milliardengrab ?

von Gerhard Wick

Von wegen auf S 21 läge Gottes Segen, Herr Bacchus Schmiedel !
Ganz im Gegenteil spricht der HERR also:

„Wer ist unter euch, der einen Turm bauen will“ (oder einen Bahnhof) „und sitzt nicht zuvor und überschlägt die Kosten, ob er‘s habe hinauszuführen ?
Auf dass nicht, wenn er den Grund gelegt hat und kann‘s nicht hinausführen, alle, die es sehen, anfangen sein zu spotten und sagen: Dieser Mensch hob an zu bauen und kann‘s nicht hinausführen.“
(Evangelium nach Lukas, Kapitel 14, Verse 28-30)
Ein Milliardengrab, wie viele sagen, ist diese Grube dennoch nicht. Da wird kein Geld vergraben, wie der Begriff es nahelegt. Es ist schlimmer: Da wird eine gewaltige Summe aus unseren Taschen in die der Banken, Immobilienfirmen, Baukonzerne und der Deutschen Bahn AG umverteilt. Nicht nur ohne jeden Nutzen, sondern in vielerlei Hinsicht zum Schaden für die, welche die Zeche bezahlen. Geld das dazuhin an vielen anderen Ecken und Enden fehlt.
Und wenn es, Herr Kretschmann, nur um einen Bahnhof geht, was ist das dann für eine Regierung, die soviel Zerstörung an Natur, Umwelt und Mensch in Kauf nimmt wegen eines Bahnhofs?
Wegen eines neuen Bahnhofs, der nachgewiesen und beabsichtigt weniger leistet als der alte.

SÖS OB-Kandidat Hannes Rockenbauch: Die Einwohner müssen auch entscheiden können

Was muss in Vaihingen anders werden ?

„Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart findet in einer besonderen Situation statt. Eine aktive Bürgerschaft hat die politische Struktur verändert. Viele Bürgerinnen und Bürger fordern eine andere Politik, ihr Recht auf Gestaltung dieser Stadt“. So steht es im Aufruf zur Wahlkampagne des Parteifreien Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial. Und der Kandidat Hannes Rockenbauch erklärt: Die alte Arbeitsteilung ‚die da oben regieren und wir da unten lassen uns regieren‘ wird nicht mehr hingenommen. Deshalb kandidiere ich mit dem Ziel: Einer von uns kandidiert für uns, mit einer klaren Richtung: Die Bürger müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.“

Es gehe deshalb nicht mehr um andere Politiker, sondern um eine andere Politik und auch darum, dass in einer Großstadt mit fast 600.000 Einwohnern nicht 60 Stadträte und ein paar Bürgermeister alleine über Dinge entscheiden, von denen sie oft keine Ahnung haben. Viele Bewohner dieser Stadt sind bereit mit all ihrem Wissen und ihrer Kompetenz für Alternativen zu der angeblich alternativlosen Politik der etablierten Parteien zu streiten. Sie stehen damit bis heute meist vor verschlossenen Rathaustüren.

Und warum sollen eigentlich Stadträte aus Feuerbach oder Weilimdorf über die Belange der Vaihinger entscheiden können, oder umgekehrt? Die Bewohner vorOrt bringen da oftmals eine vielfach höhere Kompetenz mit und damit auch die Bezirksbeiräte über Parteigrenzen hinweg auf ihre Seite. Doch die haben letztendlich wieder keine Entscheidungsbefugnis. Auch daran muss sich etwas ändern.

Viele Fragen, die sich die Bürgerbewegung stellt, treten überall in der Stadt auf. Für die Menschen direkt spürbar werden sie aber in den jeweiligen Bezirken.

So wird auch in Vaihingen schon lange in verschiedenen Initiativen diskutiert, wie man in seinem Stadtbezirk leben will und was sich ändern muss. Was ist zu tun, damit Vaihingen nicht in Autoabgasen und Lärm erstickt? Wie kann die wohnortnahe Versorgung verbessert werden, wie kann der Ausverkauf des Stadtbodens an Investoren gestoppt werden, wie verhindern wir, dass auch noch die letzten Grünflächen zugebaut werden, wie garantieren wir für jedes Kind einen KiTa-Platz, wie kann der Klimawandel gestoppt werden, wie kann die schädliche Mobilfunkstrahlung minimiert werden. Und natürlich nicht zuletzt die Frage, wie kann echte Bürgerbeteiligung aussehen und wie ist sie durchzusetzen?

Mit einigen dieser Problemfelder beschäftigen sich in Vaihingen Bürger bereits seit längerem in Initiativen wie der Initiative schönes, attraktives Vaihingen (ISA), der Initiative gegen einen Fernomnibusbahnhof in Vaihingen (IgFOB), der Gruppe Vaihinger für den Kopfbahnhof (VK21) oder auch der Gruppe für einen Filderbahnhof in Vaihingen. Aber auch in vielen Vereinen spielen Fragen der Kommunalpolitik eine nicht geringe Rolle.

Um alle diese Aktivitäten besser zu vernetzen und weitere zu initiieren lädt das Parteifreie Bündnis SÖS Vertreterinnen bestehender Initiativen, sowie alle an der selbstbestimmten Gestaltung ihres Stadtbezirks interessierten Bürgerinnen über Parteigrenzen hinweg ein zum

1. Vaihinger Ratschlag
am Mittwoch, den 13.6.2012
um 19 Uhr in der Gastätte Kanonenbäck in Rohr,
Rathausstr. 1.

Protestversammlung
vor der Filderhalle
Flagge zeigen beim
Filder-Dia*LÜG*
Freitag, 25. Mai, ab 14 Uhr
Leinfelden Filderhalle
Mit der S2 , S3 oder U5 direkt erreichbar

BOOKS & MORE
English Books, Audio Books and Movies
www.herbstreuth.de
Ständig Lagerverkauf stark reduzierter Resttitel
Verlag Herbstreuth
Handwerkstr. 50 · Mo. - Fr. 9-17 Uhr · Tel. 0711-780 28 73

Der gibt uns Sicherheit.
Mein Mieterverein.
Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.
0711-210160
Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr
www.mieterverein-stuttgart.de
DMB MIETER VEREIN STUTTGART
Moserstraße 5
70182 Stuttgart

ORSO | **Bautechnik und Wärmedämmtechnik**
Innenausbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster
Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.
Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.
(0711) 657 25 98
Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!
Unsere Leistungen für Sie:
Innenausbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.
Verkauf von natürlichen Bau -und Dämmstoffen.
ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L.-Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de

Wir handeln mit Naturkost, weil es um Menschen, Tiere und die Natur geht, – nicht um Marktanteile!
Bio seit 1983
Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren
Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711 - 735 25 02

VorOrt sprach mit Franz Schmeller (IgFOB)

Aurelis oder wie man die Bürger weg beteiligt

Die Bürger-Initiative IgFOB hat verhindert, dass der zentrale Fernomnibusbahnhof nach Vaihingen verlegt wird. Die ohne weiteren Ausbau des Straßennetzes nicht zu bewältigenden Verkehrsmengen brachten schließlich auch den Gemeinderat dazu, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Jetzt wollen die Stadträte von Schwarz bis Grün dem Immobilienverwerter Aurelis eine Bebauung am Vaihinger Bahnhof erlauben, die weiteren Verkehr mit sich bringen wird. Sie berufen sich dabei auf ein Bürgervotum, das angeblich diese Pläne gut geheißen habe.

VorOrt sprach mit Franz Schmeller, einem der Aktiven der IgFOB über die von Aurelis durchgeführte „Bürger-Beteiligung“ und was von dem angeblichen Votum der Vaihinger Bürger/innen zu halten ist.

Warum akzeptiert die IgFOB das Votum der Bürger für eine dichte 6-stöckige Gewerbe- und Wohnbebauung am Vaihinger Bahnhof nicht?

Schmeller: Weil es ein solches Votum nie gegeben hat.

Aber die Bürgerinnen konnten doch ihre Vorschläge und Ideen bei drei Terminen einbringen und dann entscheiden.

Nein, die Bürger durften nicht entscheiden. Eine echte Bürgerentscheidung war in dem Prozess nicht vorgesehen.

Vorschläge wurden zwar eingebracht, aber eben nicht nur von den Bürgern. Verbandsvertreter, politische Würdenträger, Stadtplanung und Wirtschaftsförderung beschränkten sich leider nicht auf das Zuhören.

Folge war, dass die Bürger dem „Beteiligungsprozess“ bald fernblieben. In der dritten Runde waren es wohl gerade noch 12 Bürger, die teilnahmen. Dafür umso mehr Stadt- und Bezirksbeiräte, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und auch Aurelis hatte personell noch einmal aufgestockt. Ich selbst war beruflich verhindert und erstaunt zu erfahren, dass Aurelis diese Runde dann kurzfristig zur Abschlusssitzung erklärt hatte.

Gab es denn überhaupt Alternativen zu den Plänen von Aurelis?

Selbstverständlich. Die große Mehrheit der anfangs ca. 40 anwesenden Bürgern wollte Grün- und Erholungsflächen, Spiel- und Freitzeitflächen auch für die Beschäftigten im Gewerbegebiet und einen Biergarten.

Dieses Votum überraschte auch nicht. Die IgFOB hat in zahlreichen Gesprächen genau dies von den Bürgern zu hören bekommen und auch eine Umfrage bei Beschäftigten im Gewerbegebiet hat dies bestätigt.

Wie ging es dann weiter?

Die Vorschläge von Aurelis, den Gemeinde- und Bezirksbeiräten, sowie der Bürgerschaft sollten in drei „Szenarien“ ausgearbeitet und anschließend bewertet werden. So lautete das großzügige Versprechend des Immobilienverwerters Aurelis.

Leider wurde weder das von den Bürgern angeregte Szenario entsprechend ausgearbeitet, noch auch nur ansatzweise eine Bewertung nach den vereinbarten Kriterien wie Umwelt, Sozialverträglichkeit, Auswirkungen auf Klima und Stadtbild entsprechend anerkannter Standards durchgeführt. Gutachten zu Verkehr und Wirtschaftlichkeit wurden zwar vorgestellt, eine Auseinandersetzung mit deren Inhalten, also die zuvor besprochene gemeinsame Bewertung erfolgte aber auch da nicht.

Die Abschluss-Sitzung war dann wohl mehr eine öffentliche Ratssitzung mit ein paar Bürgern als Zuhörern?

So kann man sagen. Wie wenig das Ganze mit einer Einbeziehung der Bürgerschaft zu tun hatte, kann man schon daran sehen, dass in der Folge dieser „Entscheidung“, weit über 1.000 Vaihingerinnen und Beschäftigte des Gewerbegebiets per Unterschrift von der Stadt forderten, das Gelände zu erwerben und zu einem Erholungs- und Freizeitbereich zu entwickeln. Diese Unterschriften wurden dem Gemeinderat übergeben und bis heute leider einfach ignoriert.

Was muss anders laufen, wenn Bürgerbeteiligung gelingen soll?

Die Spielregeln einer solchen Bürgerbeteiligung dürfen während des Verfahrens nicht einseitig nachträglich verändert werden.

Der Versuch, die Verantwortung dieses Verfahrens dem Immobilienbesitzer zu übertragen ist m. E. gescheitert. Wer Bürgerbeteiligung ernst nimmt, kann diese nicht von einem gewinnorientierten Investor durchführen lassen.

Das Zauberwort für Bürgerbeteiligung heißt für mich Transparenz. In einem solche Beteiligungsprozess muss über parallel laufende Gespräche und Absprachen zwischen Investor und Stadtverwaltung bzw. Stadträten umfassend informiert werden, wenn solche Gespräche überhaupt stattfinden müssen. An dieser Bereitschaft erkennt man, ob Bürgerbeteiligung ernst gemeint ist oder nur eine Floskel.

Die interessierten Bürger müssen auf alle Fragen eine Antwort erhalten. Ich meine damit u.a. auch den Umstand, dass andere Städte solche Brachflächen günstig erworben haben, z.B. Esslingen oder Reutlingen. Weder die Stuttgarter Stadtverwaltung noch der Gemeinderat haben aber eine solche Initiative ergriffen.

Sind Sie dennoch optimistisch, dass sich in Stuttgart etwas in diese Richtung entwickelt?

Man darf die Hoffnung nie aufgeben. Der 2009 neu zusammengesetzte Gemeinderat hat bisher keinerlei Zeichen für bessere Bürgerbeteiligung gesetzt.

Ob man auf die OB-Wahl hoffen kann, weiß ich nicht. Wir Bürger sollten jedenfalls die OB-Kandidaten auffordern, dazu klar Stellung zu beziehen.

Kriminelle Vereinigung

Landesbank Baden-Württemberg spekuliert auf den Hungertod

Auf der 122. Montagsdemo bezeichnete der Stadtrat und OB-Kandidat des Parteifreien Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) Hannes Rockenbauch die LBBW als kriminelle Vereinigung und forderte den Ausstieg der Stadt und die Gründung einer Stadtsparkasse. Er bezog sich dabei auf die Milliardenbeträge, die von den Bankmanagern bei Spekulationsgeschäften verzockt und dann mit öffentlichen Geldern ausgeglichen wurden.

Am selben Tag, an dem die Stadträte aller Fraktionen - allen voran der rechtsradikale Republikaner - Rockenbauch für seine Äußerung im Gemeinderat scharf rügten, erschien die Oxfam-Studie „Mit Essen spielt man nicht!“ zur Spekulation auf Agrarrohstoffe durch deutsche Finanzinstitute. Bei der Spekulation auf Lebensmittel liegt die Landesbank Baden Württemberg demnach mit einem Volumen von 196 Millionen Euro in 2011 im Deutschlandvergleich auf Platz 3.

Damit ist das öffentlich-rechtliche Finanzinstitut an vorderster Front mit dabei, wenn es um die Spekulation gegen Kleinbauern und die bäuerliche Subsistenzwirtschaft geht. Hierzu erklärt der Regionalrat Christoph Ozasek: „Wer auf Lebensmittel spekuliert, der kalkuliert den Hungertod insbesondere von Kindern und Müttern in Entwicklungsländern ein, um Profite zu erzielen. Dass die LBBW nach der selbst verschuldeten Krise 2008 ihr Geschäft mit Agrarrohstoffen derart fokussiert hat, ist beschämend. Hier wird mit staatlichen Milliardenhilfen – u.a. auch der Landeshauptstadt Stuttgart die 946,6 Mio. Euro zur Rettung der Bank gegeben hat - ein Wirtschaftskrieg gegen die Notleidenden geführt.

Die Beteiligung von Stuttgart an der LBBW muss spätestens mit der Rechtsformänderung 2013 aufgelöst werden. Stuttgart benötigt eine kommunale Stadtsparkasse und keine global agierende Heuschrecke. Spekulation auf Nahrung ist unethisch und mit dem Menschenrecht auf Ernährung unvereinbar.“

Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?
Bertolt Brecht

Fluglärm: Vaihingen ist seit einigen Jahren mitten drin

Alles Gute kommt von oben?

kcw. Es existiert eine Organisation, deren Handeln Millionen von Menschen in Deutschland betrifft, und die dennoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten plant, entscheidet und vollzieht. Dort gibt es keine Trennung von Legislative, Exekutive und Wirtschaftsbetrieb: Alles ist aus einem Guss. Sie weicht jedem tiefer gehenden Auskunftsersuchen aus, auch Petitionen an den Bundestag liegen auf Eis.

Diese Organisation ist dafür zuständig, dass sich Vaihingen ungefragt seit rund fünf Jahren „Flugerwartungsgebiet“ nennen darf. Es ist die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS), finanziert von den Luftverkehrsgesellschaften.

Sie hat den Flugkorridor im Jahr 2006 um das Doppelte verbreitert, so dass seither große Teile von Vaihingen legal überflogen werden können. Das Gefühl täuscht also nicht, es gibt tatsächlich mehr Flugverkehr über Vaihingen. Deshalb ist, wer sich durch Fluglärm belästigt fühlt, beim Lärmschutzbeauftragten für den Flughafen Stuttgart zwar nicht falsch. Klaus P. Siefer freut sich, wenn er unter Telefon-Nummer 0711 / 948-4711 oder per E-Mail (lsb@rps.bwl.de) seine Strichliste über Beschwerden fortschreiben kann (wer allerdings zu oft anruft, wird in den statistischen Auswertungen nicht berücksichtigt).

Doch mehr Hilfe darf sie bzw. er sich durch eine Mitarbeit in der Bürgerinitiative erwarten, die sich vor knapp einem Jahr in Oberaichen gründete. Längst gehören auch Vaihinger dazu. Gemeinsam wollen sie erreichen, dass es im Nordwesten des Stuttgarter Flughafens wieder ruhiger wird, durch die Rückverlagerung des Drehpunktes nach Westen, durch steilere Abflugwinkel und weitere geeignete Maßnahmen. Deren **Fluglärmstammtisch** findet jeden ersten Donnerstag im Monat statt.

In der ersten Phase gemeinsamen Arbeitens war für die Beteiligten vor allem die Erkenntnis ernüchternd, wie Mandatsträger und öffentliche Verwaltung mit grundgesetzlich verankerten Aufgaben wie Gefahrenabwehr und Gesundheitsvorsorge umgehen:

„Gesetz zum besseren Schutz vor Fluglärm“ heißt, was die Bundesregierung im Jahr 2011 benutzte, um den Status quo fortzuschreiben. Für Stuttgart bedeutet das, dass der Lärmstandard von 1978 weiter gilt. Doch erst seit wenigen Jahren werden die Auswirkungen von Fluglärm auf die menschliche Gesundheit systematisch untersucht. Die ersten Ergebnisse sind alarmierend. Was die Gutachter im Ausbau-Verfahren für den Flughafen Stuttgart für „verträglich“ hielten, nämlich einen durchschnittlichen Schallpegeldruck von 55 dB(A) in der Nacht, hält die Weltgesundheitsorganisation für „gefährlich“ und fordert einen Höchstwert von 40 dB(A), um Gesundheitsrisiken zu vermeiden.

-Nachtruhe nennt es sich in Stuttgart, wenn zwischen 23 und 6 Uhr durchschnittlich nur alle 100 Minuten ein Flugzeug startet, Hubschrauber und Militärmaschinen nicht mit gezählt.

-Im einzigen Gremium, das zwei Mal im Jahr einen kleinen Gedankenaustausch mit der DSF erlaubt, der Lärmschutzkommission, sitzt für die Stadt Stuttgart ein Vertreter, dessen amtliche Aufgabe im Infrastrukturausbau besteht.

-Weil genauere Navigationsgeräte eingeführt wurden, mussten angeblich die Flugkorridore fast um das Doppelte verbreitert werden; keiner hinterfragt diese absurde Logik.

-Der Lärmaktionsplan für den Flughafen Stuttgart hätte im Juli 2008 vorgelegt werden müssen. Bürger mussten über die EU-Kommission das Land Baden-Württemberg an diese gesetzliche Pflicht erinnern. Nun will das Regierungspräsidium Stuttgart im Frühjahr 2012 erste Vorschläge präsentieren.

In kaum einem anderen Rechtsgebiet sind die Zuständigkeiten so sehr zersplittert, werden Informationen so unter dem Tisch gehalten, wie beim Thema Fluglärm. Jüngstes Beispiel: Die Fluglärmkommission für den Flughafen Stuttgart wurde „aufgestockt“. Im Klartext: Die Schutzgemeinschaft Filder flog raus, dafür kam das US-Militär rein).

Von alleine wird da nichts besser und ‚von oben‘ schon gar nicht.

Wer „von unten“ etwas tun will, ist deshalb herzlich eingeladen zum nächsten Treffen des „Fluglärmstammtisch“ am Do. 7. Juni 19:30 im Treff Impuls, Neuer Markt 1/1 Leinfelden.

www.fluglaerm-stuttgart.de
info@fluglaerm-stuttgart.de

Fortschritt, wo man hin schaut

Vor dem Fortschritt

Nach dem Fortschritt

Vor dem Fortschritt

Nach dem Fortschritt

Links: Seit vielen Jahren von ihren Pächtern liebevoll gepflegte Kleingärten an der Liebknechtstraße fallen jetzt nach dem Willen der Stuttgarter Stadträte von Schwarz bis Grün einem Salzlager und der Werstoffsammelstelle zum Opfer. Und dies trotz massenhaft ungenutzter bereits versiegelter Flächen im angrenzenden Gewerbegebiet. Aus Kostengründen.

Rechts: Der Schlossgarten vor und nach dem im Namen der Fortschritts mit Hilfe von 2.500 Polizeieinsatzkräften durchgeführten Zerstörungswerk der Deutschen Bahn AG.

Ja, ich unterstütze VorOrt mit einem
0 monatlichen
0 vierteljährlichen
Betrag von ..... Euro und erteile dem VorOrt-Verlag hierfür eine Einzugsermächtigung von meinem Konto:
Name:
Kontonummer:
BLZ:
Bank:
Unterschrift:

Herausgeber:
VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:
Gerhard Wick
Verlagsanschrift:
VorOrt-Verlag
Postfach 800980
70509 Stuttgart
Tel: 0711 / 745 05 23
vorort-vaihingen@arcor.de
www.vorort-vaihingen.de
Druck: UWS Papier&Druck GmbH
Auflage: 15 000
Bankverbindung:
VR-Bank Stuttgart
Kontonummer: 1000 150 00
BLZ: 600 901 00